

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir so weitermachen, sind wir um 0:13 Uhr fertig, also heute nicht mehr. Ich möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass das schneller geht. Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Kollege Engel. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Conrads das Wort.

Anna Conrads (LINKE): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde es gerne genauso kurz wie Herr Engel machen, aber ich muss noch zwei oder drei Sätze zu den Änderungsanträgen sagen, die wir vorgelegt haben.

Zunächst begrüßen wir die Neuregelung des Datenschutzes. Der blaue Brief aus Brüssel hat auch deutlich gemacht, dass das schon längst überfällig war.

Wir finden den gemeinsam eingebrachten Gesetzentwurf in weiten Teilen in Ordnung. Es gibt einige wenige Punkte, von denen wir glauben, dass sie eventuell zum Stein des Anstoßes werden könnten. Wir haben darüber auch mit Experten auf der Europaebene geredet.

Es geht zum einen um die Anbindung des Datenschutzbeauftragten. Wir glauben, dass es sicherer wäre und der EU-Rechtsprechung besser entspräche, wenn die Anbindung in allen Fragen bei dem Präsidenten des Landtags liegen würde. Deswegen würden wir diese Regelung bevorzugen.

Zum anderen halten wir die Argumente gegen die Ausweitung der Bußgeldkompetenz auf den öffentlichen Bereich für vorgeschoben; denn selbst wenn Dienst- und Fachaufsicht und die zuständige Behörde für Ordnungswidrigkeiten auseinanderfallen, ist dies unschädlich, da der Landesbeauftragte – der LDI – die größte Kompetenz in datenschutzrechtlichen Fragen hat und die größtmögliche Unabhängigkeit besitzt.

Insgesamt sehen wir durch den Gesetzentwurf eine deutliche Stärkung des Datenschutzes. Wir werden ihm zustimmen. Wir bitten Sie trotzdem darüber nachzudenken, den Änderungsanträgen zuzustimmen, und hoffen, dass, wenn diese abgelehnt werden, nicht genau diese Punkte zum Stein des Anstoßes werden, wenn Brüssel noch einmal draufguckt und dann doch zu dem Schluss kommt, es reicht noch nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Conrads. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Auch ich möchte mich kurz fassen. Ich danke den Fraktionen für die sehr konstruktive Zusammenarbeit, sodass wir diesen Gesetzentwurf heute auf den Weg bringen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Damit sind wir am Ende dieser kurzen Debatte und kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen erstens über den **Änderungsantrag** der Fraktion Die Linke **Drucksache 15/2261** ab. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. Wer stimmt dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke **abgelehnt**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung. Der Innenausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/2174**, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1927 unverändert anzunehmen. Wer gibt dem seine Zustimmung? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion Die Linke, die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand. Wer möchte sich enthalten? – Ebenfalls niemand. Damit ist dieser Gesetzentwurf mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

12 Zehn Jahre Integrationsoffensive – Rückblick auf eine Dekade Integrationspolitik und Perspektiven für die nächsten zehn Jahre

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2207

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Solf das Wort.

Michael Solf (CDU): Frau Präsidentin! Ich muss gestehen, ich war bis eben der Meinung, dass dieser Punkt jetzt nicht mehr gelesen wird. Ich mache es also ganz kurz.

Am 22. Juni 2001 stimmten alle damaligen Fraktionen einem gemeinsamen Antrag zu, der sogenannten Integrationsoffensive, der – so viel Eigenlob sei an dieser Stelle zugestanden – von meiner Fraktion im November 2000 angestoßen worden war.

Heute Mittag haben wir einen ähnlichen Schritt vollzogen und den Gesetzentwurf zum islamischen Religionsunterricht auf den Weg gebracht. Es freut

mich, dass wir beinahe auf den Tag genau zehn Jahre später einen weiteren Schritt erneut in großer Gemeinsamkeit gehen wollen, und es zeigt mir, dass die Initiative auch noch nach zehn Jahren mit Leben erfüllt ist.

Diese Initiative hat sich in der Rückschau als guter Ansatz erwiesen und dazu beigetragen, ideologische und parteipolitische Frontstellungen zumindest in der Integrationspolitik abzubauen. – Sie hören aus dieser Bemerkung heraus, dass ich immer noch durch das andere, was ich heute erlebt habe, angefressen bin.

Ich mache es deshalb kurz und komme zum Schluss. Die Entscheidung des Parlaments zugunsten einer Integrationsoffensive liegt jetzt zehn Jahre zurück. Dieser breite Konsens hat sich als stabile Grundlage für das Miteinander von Menschen mit und von Menschen ohne Migrationshintergrund erwiesen.

Deshalb ist die CDU-Fraktion der Meinung, dass dieses zehnjährige Jubiläum es wert ist, innezuhalten und sich über das Erreichte zu freuen, aber auch den Blick in die Zukunft zu richten.

Das möchten wir mit einer Bitte an den Landtagspräsidenten verbinden, Gegenwart und Zukunft der Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen mit einer angemessenen Veranstaltung zu begehen. Wir sind dabei absichtsvoll vage geblieben, um mehr Raum zur Entfaltung zu bieten und es zu ermöglichen, dass unser geschätzter Landtagspräsident seiner Fantasie freien Lauf lässt. Aus diesem Grunde bitte ich um Ihre Zustimmung für den vorliegenden Antrag. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Solf. – Wir haben eben noch einmal geschaut. Hier oben ist nicht angekommen, dass es eine Veränderung gegeben hat. Wenn die Parlamentarischen Geschäftsführer im Laufe des Abends noch Veränderungen herbeiführen möchten, wäre es freundlich, sie würden uns über Verständigungen auch unterrichten. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Yetim das Wort.

Ibrahim Yetim (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich diesen Antrag gelesen habe, habe ich zuerst gedacht: Was soll das jetzt? Wenn man sich anguckt, was die CDU in den letzten Jahren, auch im letzten Jahr im Wahlkampf mit der Anti-Rumänien-Kampagne gemacht hat, war ich etwas verwundert.

Man muss sagen, dass in den letzten zehn Jahren in der Integrationspolitik wirklich einiges gelaufen ist und Herr Laschet auf dem von den Vorgängerregierungen schon Geleisteten aufbauen konnte. Sie wissen, wie die Vorgängerregierungen aufgestellt

waren. Das war eine große Leistung. Herr Laschet hatte ein schon gut bestelltes Haus vorgefunden.

Letztendlich kann man gegen diesen Antrag nichts einwenden, denn er ist eigentlich auch egal. Wir haben uns gedacht: Wir stimmen ihm zu, haben dann ein bisschen Frieden in diesem Hause und machen gemeinsam eine schöne Veranstaltung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Ünal.

Arif Ünal (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich über den Antrag der CDU-Fraktion und schließe mich Ihrer Bitte an den Landtagspräsidenten an, eine geeignete Veranstaltung anlässlich der zehn Jahre Integrationsoffensive NRW auszurichten.

Ich werde mich kurz fassen. Erlauben Sie mir aber, ein paar Sätze über diese Integrationsoffensive zu sagen.

Wenn wir uns heute die Inhalte des damaligen gemeinsamen Antrags von SPD, CDU, Grünen und FDP noch einmal ansehen, fällt die unheimliche Fülle von Maßnahmen auf, die wir umsetzen wollten. Es war die Zeit vor dem 11. September. Es war die Zeit, bevor Deutschland mit dem Zuwanderungsgesetz erstmals eine systematische Integrationsförderung begonnen hatte.

Es war eine Zeit, als viele, insbesondere in der CDU, Zuwanderung noch nicht als Chance, sondern eher als Belastung verstanden. Da hob sich die NRW-CDU im Vergleich zu anderen Landesverbänden, zum Beispiel dem hessischen, positiv ab. Das muss man anerkennen.

Vieles wurde in den letzten zehn Jahren aus der Integrationsoffensive umgesetzt. Ich denke an die Integrationskurse durch das rot-grüne Zuwanderungsgesetz. Die vorschulische Sprachförderung wurde gestärkt, die interkulturelle Öffnung der Regeldienste macht Fortschritte, wenngleich ich mir ein höheres Tempo wünschen würde.

Wir haben den Lehrstuhl für islamische Religionspädagogik geschaffen und heute Mittag den Gesetzentwurf zur Einführung islamischen Religionsunterricht in erster Lesung beraten.

Manche Dinge aus der Integrationsoffensive sind heute aber nur teilweise oder nicht umgesetzt.

Ein ganz zentraler Punkt ist dabei für mich ein besserer Arbeitsmarktzugang für Migrantinnen und Migranten. Es kann doch nicht wahr sein, dass aufgrund rechtlicher Hemmnisse oder immer noch vorhandener Vorbehalte hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund und passenden Qualifikatio-

nen arbeitslos sind, während gleichzeitig offene Stellen nicht besetzt werden können.

(Beifall von Michael Solf [CDU])

Deswegen sollte es uns ein gemeinsames Anliegen sein – wie schon in der Integrationsoffensive von 2001 –, einen gleichberechtigten Arbeitsmarktzugang zu schaffen. Wir sollten auf Bundes- und Landesebene schnellstmöglich das Gesetz zur Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse beschließen.

Meine Damen und Herren, noch ein Satz zu Ihrem Antrag. Wir Grünen würden den Satz, Herr Solf, sicher nicht unterschreiben, dass die Integrationspolitik in NRW seit 2005 besonders gestärkt worden wäre. Da spricht zum Beispiel der Haushalt eine andere Sprache. Ich sehe es eher so, dass mit der Person Armin Laschet das Thema Integration in der Union seit 2005 eine positive Richtung genommen hat – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Trotz dieses kleinen Mangels in Ihrem Antrag kann die grüne Landtagsfraktion jedoch zustimmen. Ich freue mich jetzt schon auf die Umsetzung durch den Landtagspräsidenten und sage meine Teilnahme an dieser Veranstaltung jetzt schon zu. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ünal. – Für die FDP spricht der Kollege Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Bei so viel Konsens für diesen Vorschlag der Union wollen wir Freien Demokraten uns natürlich auch anschließen.

(Beifall von Ibrahim Yetim [SPD])

Es ist sicher richtig: In den letzten zehn Jahren ist in Nordrhein-Westfalen bestimmt mehr Integrationspolitik gemacht worden als in anderen Politikfeldern, auch mehr als in anderen Bundesländern, auch mehr als in der Bundesgesetzgebung in einigen Bereichen. Deshalb macht es vielleicht auch Sinn, auf Erfolge hinzuweisen. Das heißt nicht, dass das, was ansteht – auch das Integrationsgesetz –, nicht weiterhin auch mit Ehrgeiz und in Verfolgung guter Ziele möglichst zeitnah umgesetzt werden soll. Es gilt: Feiern und nicht ausruhen, also beides.

Herr Ünal, Sie haben eben die ausländischen Bildungsabschlüsse angesprochen. Wir laden Sie gerne dazu ein, auch in der nächsten Ausschusssitzung endlich darüber zu beraten. Ich empfand es in der letzten Ausschusssitzung als einen unfreundlichen Akt, das einfach von der Tagesordnung zu nehmen und zu erklären, darüber werde jetzt nicht debattiert. Zu dieser Debatte lade ich Sie noch ein-

mal herzlich ein. – In diesem Sinne danke ich, dass Sie zugehört haben.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Für die Fraktion Die Linke der Kollege Atalan.

Ali Atalan (LINKE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auch wir von den Linken sind gelegentlich für gewisse Symbolpolitik zu haben. Das ist gar keine Frage. Naheliegender ist aber auch, dass Symbolpolitik leicht in die politische Lächerlichkeit verfallen kann, wenn sie nicht durch eine real greifende und ernsthafte Politik gestützt und untermauert ist.

(Beifall von der LINKEN)

Wir können dem vorliegenden Antrag der CDU deswegen nicht zustimmen, weil wir der Auffassung sind, dass solch einem Antrag politisch ein lang und hart erarbeiteter Integrationsprozess vorausgehen muss. Wir halten es einfach für falsch, eine Jubelveranstaltung abzuhalten, der die Zustimmung zu einem CDU-Antrag zugrunde liegt. Die CDU kann sich gerne selbst feiern, dazu muss sie aber nicht den gesamten Landtag verdonnern.

(Beifall von der LINKEN)

Selbst wenn der Antrag gewisse positive Aspekte benennt: Es besteht kein Grund, sich auf die Schultern zu klopfen. Insgesamt betrachtet ist die Integrationspolitik in Bund und Land derzeit eine große Katastrophe. Und schuld daran ist nicht zuletzt auch die CDU.

Natürlich gibt es gewisse positive Entwicklungen in der Migrationsdebatte, in der zum Beispiel über die strukturelle Benachteiligung von Migrantinnen noch in der zweiten und dritten Generation immerhin endlich diskutiert wird. Leider herrscht aber im politischen Diskurs weiterhin die Verwertungslogik vor.

Das neue integrationspolitische Credo scheint zu lauten: Zuwanderung ist gut, aber sie darf nichts kosten und muss der Wirtschaft nutzen. Gerade wegen dieses Politikverständnisses und weil ökonomische Verwertbarkeit die entscheidende Maxime ist, bekommen alle Parteien, von der CDU bis zu den Grünen, seit Jahren keine vernünftige Bleiberechtsregelung hin.

(Beifall von der LINKEN)

Bekanntermaßen werden auf völlig hanebüchene Weise sogenannte Integrationsverweigerer konstruiert und diese dann regelrecht sanktioniert, während gleichzeitig den Menschen ohne Daueraufenthaltsrecht hartnäckig die Möglichkeit verweigert wird, die deutsche Sprache zu erlernen.

(Michael Solf [CDU]: Das merkt man! – Özlem Alev Demirel [LINKE]: Haben Sie das gehört, Frau Präsidentin? – Weitere Zurufe von der LINKEN – Minister Guntram Schneider: Unerhört! – Weitere lebhaftes Zurufe)

Ein solches Verständnis von Integration lehnen wir entschieden ab!

Der CDU gebührt insofern Dank, als sie uns mit ihrem Antrag auch daran erinnert, wie langsam Veränderungsprozesse stattfinden. Beim Durchsehen des aktuellen Integrationsmonitoring habe ich wirklich schockiert festgestellt, dass das Armutsrisiko von Migrantinnen in NRW fast dreimal so hoch ist wie bei Einheimischen. Daran wird deutlich: Bildungsbenachteiligung vererbt sich.

Viele Zuwanderinnen und Zuwanderer sind vor mittlerweile 50 Jahren als Gastarbeiter nach NRW gekommen und haben hier für das Wirtschaftswunder geschuftet. Sie standen im Arbeitsleben und im Bildungssystem meist ganz weit unten. Das gilt für ihre Kinder und Enkelkinder immer noch.

Wir finden, es gibt wenig Grund, uns zu feiern, am wenigsten die CDU. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung enthalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Atalan. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Schneider das Wort.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Solf, zunächst einmal eine Vorbemerkung: Wir bemühen uns zu fortgeschrittener Stunde, einen integrationspolitischen Konsens, der hier vor zehn Jahren auf den Weg gebracht worden ist, beizubehalten, geradezu zu beschwören. Hierbei einem Redner, der eine Rede hält, die Ihnen sicherlich inhaltlich nicht gefällt, vorzuwerfen, dass er in der deutschen Sprache Defizite hat, ist das Gegenteil einer vernünftigen Politik.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN – Zuruf von Michael Solf [CDU])

Sie können nicht immer unter vier oder sechs Augen den großen Konsens beschwören – das hatten wir heute schon einmal – und dann, wenn Sie die Bühne für sich haben, ausfällig werden. Das passt nicht zusammen, Herr Solf.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN – Rüdiger Sagel [LINKE]: Entschuldigen Sie sich!)

Meine Damen und Herren, der Antrag der CDU betont zu Recht, dass die Integrationsoffensive, die in diesem Hohen Hause vor zehn Jahren beschlossen worden ist, für einen Paradigmenwechsel in der Integrationspolitik steht. Sie hat zum Abbau ideologi-

scher und parteipolitischer Blockaden beigetragen. Die Integrationsoffensive enthielt eine bundesweit beachtete Botschaft, die lautete: Zuwanderung und Integration eignen sich eben nicht für politische Polemik. Zuwanderung und Integration brauchen demgegenüber den Konsens aller politischen Parteien.

In diesem Sinne war die Integrationsoffensive ein wichtiger Beitrag zur innenpolitischen Entspannung. Sie hat die Realität der Einwanderung und die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung als unumkehrbar anerkannt. Deutschland ist eben ein Einwanderungsland, und die multikulturelle Gesellschaft ist Realität, ob es einem nun passt oder nicht.

Die Landesregierung weiß um die Verdienste, die sich der Landtag in den letzten Wahlperioden bei der Verbesserung der Integrationspolitik erworben hat. Jetzt, im Jahre 2011, zehn Jahre nach der Integrationsoffensive und fünf Jahre nach dem „Aktionsplan Integration“ der Vorgängerregierung, ist es Zeit, dass Nordrhein-Westfalen einen weiteren mutigen Schritt nach vorne geht. Unser Land – darauf ist schon hingewiesen worden – braucht ein Integrationsgesetz. Das Integrationsgesetz ist die konsequente Weiterentwicklung der Integrationsoffensive.

Die Landesregierung lädt alle Fraktionen im Landtag ein, gemeinsam dafür zu arbeiten, dass Nordrhein-Westfalen ein Integrationsgesetz erhält und damit seine integrationspolitische Vorreiterrolle erneut eindrucksvoll untermauern kann. Natürlich gehört zu dieser Vorreiterrolle auch die zügige Bearbeitung aller Gesetze, die notwendig sind, um die Anerkennung im Ausland erworbener Bildungsabschlüsse Wirklichkeit werden zu lassen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zustimmung von Dr. Stefan Romberg [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. – Für die Fraktion Die Linke Frau Demirel.

Özlem Alev Demirel (LINKE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zur Sache werde ich nicht reden. Zum Verhalten unseres CDU-Kollegen hat Herr Minister Schneider eben schon das Richtige gesagt. Ich kann für meine Fraktion nur sagen, dass wir von Herrn Solf eine Entschuldigung verlangen. Wir hoffen, dass er dem nachkommt. – Danke schön.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Der nächste Redner ist Herr Solf.

Michael Solf (CDU): Frau Präsidentin! Ich bin bekannt dafür, dass ich ein recht friedlicher Mensch bin. Ich entschuldige mich dafür, dass ich nach dem, was ich heute Abend an Polarisierungen hören musste, und nach dem, was ich mir nach zehn Jahren Integrationspolitik an Vorhaltungen gegenüber meiner Partei habe anhören müssen, eben zu scharf reagiert habe. Dafür entschuldige ich mich. – Danke.

(Allgemeiner Beifall – Kopfnicken von Ali Atalan [LINKE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Solf. – Herr Atalan macht durch Kopfnicken deutlich, dass er die Entschuldigung angenommen hat. Ich glaube, das sollte dann auch im Protokoll auftauchen.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die antragstellende Fraktion der CDU hat direkte Abstimmung beantragt. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich für zukünftige Abstimmungen darum bitten, dass die Fraktionsführung der CDU ihren Kollegen deutlich macht, dass es parlamentarisch in Ordnung wäre, wenn die Fraktion als antragstellende Fraktion etwas stärker vertreten wäre.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wer dem **Antrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 15/2207** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Niemand hier im Haus. Wer Enthält sich? – Die Fraktion Die Linke. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **angenommen**.

Ich rufe auf:

13 Zentralabitur gut vorbereiten und bei Fehlern angemessen reagieren – Mögliche Nachteile für Schülerinnen und Schüler bei einer Prüfungswiederholung vermeiden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/2149

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

(Zuruf von der SPD: Machen Sie es kurz!)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich höre schon den Zuruf „Machen Sie es kurz!“ Aber die Serie der Pleiten, Pech und Pannen war lang im diesjährigen Zentralabitur. Das muss man leider sagen.

Nachdem das Zentralabitur 2009/2010 wirklich sehr geräuschlos und ordentlich über die Bühne gegangen ist und Sie, Frau Löhrmann, seinerzeit für die Fraktion der Grünen und auch andere Bildungspolitiker von den Fraktionen von SPD und Grünen die ersten Pleiten, Pech und Pannen, die es bei der Einführung des Zentralabiturs gegeben hat, schärfstens kritisiert hatten, erwarten wir von Ihnen, dass das so nicht mehr passiert. Es hat eine Neuschreibklausur in Mathematik gegeben, doch selbst in dieser Neuschreibklausur hat es Fehler gegeben, die letztlich von einem Lehrer festgestellt wurden,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

die nicht von der eingesetzten Kommission produziert worden sind, sondern in Ihrem Hause. Wir haben die klare Erwartung an Sie, Frau Ministerin, dass das so nicht mehr vorkommt,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

dass Sie Netz und doppelten Boden einbauen und dass Sie sicherstellen, dass das gut über die Bühne geht.

Wir haben einige Vorschläge und Forderungen, was passieren muss, damit das fehlerfrei funktioniert. Ich habe die Bitte an Sie, der Datensicherheit bei der Übermittlung der Aufgaben beim nächsten Zentralabitur höchste Priorität einzuräumen; bei staatlich verursachten, gravierenden Fehlern muss den Schülern die Möglichkeit des Neuschreibtermins gewährt werden – so weit d'accord –,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

den Schülern muss, weil es sich um staatliche Fehler handelt, das Ergebnis der Klausur erst einmal bekanntgegeben werden, damit ihnen wirklich keine Nachteile entstehen und sie sich frei entscheiden können, ob sie eine Neuschreibklausur wagen und es bei der alten Klausur belassen wollen, und den Schülern – das ist auch wichtig – muss eine angemessene Vorbereitungszeit bei durch den Staat verursachten, fehlerhaften Klausuren ermöglicht werden.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Der Ablauf muss folgender sein: Erklärung des Ministeriums, dass eine Klausur fehlerhaft ist, das MSW benennt einen Zeitraum für die Korrektur, die Schüler erhalten das Ergebnis, der Termin wird benannt und stellt mindestens zwei Wochen Vorbereitungszeit sicher. Dem könnten und sollten Sie nachkommen. Das ist umsetzbar, Frau Ministerin.

Was haben Sie im Jahr 2008 gesagt? – Ich erlaube mir, Frau Präsidentin, die jetzige Schulministerin zu zitieren:

Was heißt das denn für die Schülerinnen und Schüler, eine Nachschreibklausur? Es heißt noch einmal Prüfungsdruck, noch einmal pauken und wegen Ihrer viel zu späten Reaktion haben sie für den ge-